

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Juli 2001, 14:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)	stellv. Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)	i. V. für Dr. Ulf von Hielmerone
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Helmut Jacobs (SPD)	
Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Jost de Jager (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. für Gero Storjohann
Caroline Schwarz (CDU)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Helga Kleiner (CDU)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Tätigkeitsbericht 2001 des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein	5
Drucksache 15/870	
2. Aktenvorlagebegehren der CDU-Fraktion gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Akten zum Fehlbetrag von 35 Millionen DM bei der Berechnung der Lehrergehälter für 2001 und der mittelfristigen Finanzplanung	6
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/738	
4. Weiterentwicklung der Hauptschule	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/974	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/999	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1003	
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1006	
5. Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/953	
6. Integration	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/973	
7. Bericht der Landesregierung über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volkshochschulen	12
8. Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	13

- | | |
|---|----|
| 9. Bericht der Kultusministerin über den aktuellen Stand in Sachen Ostsee-Akademie | 14 |
| 10. Verschiedenes | 15 |

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2001 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein

Drucksache 15/870

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren der CDU-Fraktion gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Akten zum Fehlbetrag von 35 Millionen DM bei der Berechnung der Lehrergehälter für 2001 und der mittelfristigen Finanzplanung

Umdruck 15/1204

Die stellvertretende Vorsitzende stellt fest, dass das Aktenvorlagebegehren die Unterstützung aller Ausschussmitglieder findet und sich der Ausschuss dem vom Finanzausschuss verabredeten Verfahren anschließt, zunächst zu versuchen, die offenen Fragen in einem Gespräch mit der politischen Spitze des Bildungs- und Finanzministeriums zu klären.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/738

(überwiesen am 21. Februar 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1207, 15/1208, 15/1209, 15/1210, 15/1211, 15/1219,
15/1224

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zurück, um noch ausstehende Stellungnahmen der schriftlichen Anhörung berücksichtigen zu können.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der Hauptschule

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/974

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/999

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1003

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1006

(überwiesen am 30. Mai 2001)

Abg. Jacobs erklärt, die Anträge der anderen Fraktionen lehne man ab. Aus dem CDU-Antrag solle allerdings der Abschnitt „Berufsorientierung und Praxisbezug“ als Nummer 10 in den Antrag der Koalitionsfraktionen übernommen werden.

Abg. de Jager zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Koalitionsfraktionen nicht bereit seien, mehr Punkte gemeinsam zu verabschieden, obwohl die Fraktionen doch in vielen Punkten übereinstimmten beziehungsweise sich in ihren Auffassungen angenähert hätten. Die CDU lege aus Gründen der Qualitätssicherung insbesondere auf die generelle Einführung einer verbindlichen Hauptschulabschlussprüfung Wert. Die Einführung sechsjähriger Grundschulen lehne die CDU ab.

M Erdsiek-Rave favorisiert demgegenüber den Weg, die Hauptschulen zu ermuntern, aber nicht zu zwingen, Abschlussprüfungen durchzuführen, weil die Voraussetzungen und Probleme der Hauptschulen je nach Region sehr unterschiedlich seien. Ähnlich verhalte es sich im Sinne der Eigenverantwortung der Schulen mit der Festschreibung der Zahl der Betriebspraktika, die nicht flächendeckend verbindlich vorgeschrieben werden sollten, nachdem der entsprechende Erlass zur Durchführung von Betriebspraktika auf vielfachen Wunsch der Schulen im letzten Jahr gerade aufgehoben worden sei.

Abg. Dr. Höppner weist hinsichtlich der Frage der Abschlussprüfung auf Nummer 7 des Antrages der Koalitionsfraktionen hin, wonach eine Abschlussprüfung möglich, aber aufgrund der Heterogenität der Hauptschulen eben nicht für alle Hauptschulen verbindlich sei.

Abg. Weber erklärt, den Änderungsantrag des SSW lehne man ab, um mit der Einführung sechsjähriger Grundschulen das schleswig-holsteinische Schulsystem zum jetzigen Zeitpunkt nicht durch weitere Struktur- und Organisationsänderungen zu belasten. Hinsichtlich der Durchführung von Praktika erwartet er von der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass der eindeutige politische Wille des Landtages umgesetzt werde.

Abg. Dr. Klug erklärt, auch er halte mit Blick auf die Heterogenität im Hauptschulbereich die Einführung einer generellen Hauptschulabschlussprüfung für nicht sinnvoll, solange der Prozess der inhaltlichen Profilierung und Ausstattung der Hauptschulen nicht abgeschlossen sei. Dem Vorstoß des SSW zur Einführung einer sechsjährigen Grundschule lehne die FDP insbesondere wegen der Gefahr einer Unterforderung leistungsstärkerer Schüler ab. Bei der Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen werde er sich der Stimme enthalten, weil er insbesondere gegen die Punkte 4 und 6 Bedenken habe.

Der Änderungsantrag des SSW wird einstimmig, der Änderungsantrag der FDP mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. In alternativer Abstimmung stimmen die vier Vertreter der CDU für ihren Antrag, Drucksache 15/974, die sechs Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ihren Antrag, Drucksache 15/999, mit der von Abg. Jacobs vorgetragenen Ergänzung, Abg. Dr. Klug enthält sich der Stimme.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/953

(überwiesen am 30. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

M Erdsiek-Rave teilt mit, Schleswig-Holstein habe gute Chancen, mit seinem Pilotprojekt zur Fernadministration im nächsten Jahr an einem Ideenwettbewerb des Bundesbildungsministeriums teilzunehmen. Hinsichtlich der Netzadministration befinde sich Schleswig-Holstein an der Spitze in Deutschland.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Integration

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/973

hierzu: Umdruck 15/1205

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Antrag bis zum Herbst zurückzustellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Zusammenarbeit zwischen Schulen
und Volkshochschulen**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volkshochschulen, der in der Ausschusssitzung am 5. Oktober 2001, 14:00 Uhr, zusammen mit dem Landesverband der Volkshochschulen diskutiert werden soll.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Ebenfalls auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung am 5. Oktober 2001 soll das Thema Fremdsprachenunterricht an Grundschulen gesetzt werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht der Kultusministerin über den aktuellen Stand in Sachen Ostsee-Akademie

hierzu: Umdruck 15/1245

M Erdsiek-Rave stellt in ihrem Bericht über die Situation der Ostsee-Akademie (Umdruck 15/1245) klar, dass die Pommersche Landsmannschaft, die Eigentümerin der Liegenschaft sei, die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche trage.

Wie der Finanzausschuss unterstützt auch der Bildungsausschuss ausdrücklich den Kurs der Regierung und erhofft eine alternative Lösung.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die bildungspolitischen Sprecher werden beauftragt, sich in der nächsten Woche auf einen Termin für die **Reise** einer Ausschussdelegation zur KZ-Gedenkstätte Ahrensböök und zum Schloss Eutin zu verständigen.
- b) M Erdsiek-Rave gibt den Ausschussmitgliedern den Bericht **Biotechnologie** 2001 an die Hand.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

Sylvia Eisenberg
Stellvertretende Vorsitzende

Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer